

# Editorial



Als die Bundeskanzlerin am 21. Januar mit dem russischen Präsidenten Putin in Sotschi am Schwarzen Meer zusammentraf, wurde auch über die Sicherheit der Energielieferungen Russlands nach Deutschland und anderen EU-Ländern gesprochen. Die Unterbrechung der Lieferungen einige Wochen zuvor hatte deutlich gemacht, in welchem Maße Deutschlands Energiesicherheit heute von Russland abhängt. In diesem Kontext wird abermals die Bedeutung Russlands zu den jetzt selbstständigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion deutlich.

Bald nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der damit eintretenden Unabhängigkeit Georgiens spalteten die zu dem jungen Staat gehörenden autonomen Republiken Abchasien, Südossetien und Adscharien sich ab. Diese Sezessionen waren eine vielleicht unvermeidliche Folge des sowjetischen Scheinföderalismus, der die Territorien ganz heterogener Ethnien um der leichteren Beherrschbarkeit willen ineinander schachtelte oder auch teilte. Einen anderen Hintergrund hat die Sezession Transnistriens von dem ebenfalls nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion unabhängig gewordenen Moldawien. Transnistrien, der östliche Streifen Moldawiens, war nicht schon in sowjetischer Zeit eine autonome Teilrepublik, hat aber eine Bevölkerung, die mehrheitlich nicht moldawisch (rumänisch), sondern slawisch (russisch und ukrainisch) ist. In der Furcht, das jetzt souveräne Moldawien werde sich an Rumänien anschließen und die Slawen zu einer ethnischen Minderheit machen, und unter dem Schutz der weiterhin im Dnjestr-Gebiet stationierten 14. russischen Armee spaltete sich die Bevölkerung dieses östlichen Streifens ab und gründete eine Souveränität beanspruchende Republik mit der Hauptstadt Tiraspol. Russland unterstützt die Sezessionsrepubliken tatkräftig, was Adscharien nicht half, das kurz nach dem Amtsantritt von Präsident Saakaschwili unter die Souveränität Georgiens zurückgeholt wurde. Aber Russland betreibt auch ein Doppelspiel; zwar hilft es den abtrünnigen Republiken politisch, militärisch und wirtschaftlich, verweigert ihnen aber die diplomatische Anerkennung. In diesem Schwebezustand sind die Sezessionsrepubliken für Russland ein nützlicheres Instrument beim Bestreben, den größten Teil der ehemals sowjetischen Territorien außerhalb Russlands einer russischen Hegemonie zu unterwerfen, als wenn sie zwar schwache, aber souveräne Staaten wären. Mit diesen Fragen beschäftigt sich der Beitrag von Thomas Kunze und Henri Bohnet.


Auch in dem Artikel von Juri Durkot über die Ukraine ist Russland natürlich allgegenwärtig, steht aber nicht im Vordergrund. Es geht um die innenpolitischen Entwicklungen in dem osteuropäischen Land seit der Ernennung von

Viktor Janukowytsch zum Ministerpräsidenten im August 2006. Mit dem Amtsantritt von Janukowytsch sind die Kräfte, die die orangene Revolution trugen – das muss leider gesagt werden –, vorerst gescheitert. Und was ebenfalls gesagt werden muss: Sie haben ihr Scheitern selbst verschuldet. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass der Hauptmachtfaktor in der jetzigen Regierung, die Partei der Regionen von Viktor Janukowytsch, in einem Prozess der Wandlung begriffen ist. Die Partei ist nicht mehr nur einerseits rückwärtsgewandt und andererseits eine Interessenvertretung der russischsprachigen Bevölkerung des Ostens und Südens der Ukraine. Sie ist heute im wesentlichen eine Partei des Kapitals und der Großindustrie der Ostukraine und artikuliert folgerichtig deren Interesse an einer Öffnung des Landes nach Westen.

Nicht ganz unerwartet gehört Aserbaidshans zu den wirtschaftlich wie geopolitisch wichtigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, wirtschaftlich natürlich vor allem wegen seiner immensen Erdölreserven und der inzwischen geschaffenen Möglichkeit, das Öl über die Baku-Ceyhan-Pipeline störungsfrei in den Westen zu exportieren. Die politischen Beziehungen Aserbaidshans zu seinen Nachbarn in der Region sind jeweils durch sehr spezielle Umstände geprägt, die ethnische Gemeinsamkeit mit der Türkei, den Konflikt mit Armenien wegen Bergkarabach, die Zugehörigkeit Südaserbaidshans mit Täbris zu Iran. Aber auch weltpolitische Interessen überschneiden sich in dem Land: Das Engagement der USA ist nicht nur wirtschaftlich, sondern, nicht zuletzt wegen der Grenze zu Iran, auch politisch und strategisch motiviert. Die EU hat inzwischen erkannt, in welche Nähe zu Europa das Kaukasusland infolge der Osterweiterung gerückt ist und hat dieser Einsicht im Rahmen des Aktionsplans der Europäischen Nachbarschaftspolitik und durch das Memorandum über Energiepartnerschaft Rechnung getragen. Und schließlich lässt Russland keineswegs mit den Bemühungen nach, Aserbaidshans in seinen Einflussbereich zu ziehen. Auch weist die innenpolitische Entwicklung, vor allem deren autokratische Tendenzen, mehr Verwandtschaft mit Russland als mit dem Westen auf. Allerdings scheint Präsident Alijew trotz seiner gelegentlichen Schaukelpolitik gewillt, die Unabhängigkeit Aserbaidshans auch gegenüber Russland zu bewahren. Aser Babajew untersucht in seinem Beitrag diese und andere Fragen der politischen Lage des Landes zwischen Kaukasus und Kaspischem Meer.

Babak Khalatbari und Christian Ruck analysieren die Situation in Afghanistan. Das Bild, das dabei, zumal mit Blick auf den wachsenden terroristischen Widerstand, entsteht, ist alles andere als erfreulich. Ihr Fazit ist jedoch nicht Resignation, sondern ein Katalog von Vorschlägen zu Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan, dessen Motto die Aufforderung zur „Afghanisierung“ sein könnte.

Die Januarausgabe wird abgerundet durch zwei Artikel aus einer anderen Region mit Artikeln über die Ereignisse in Mexiko von Frank Priess und in Venezuela von Hubert Gehring und Rebecca Zapf.

  
Leiter der Hauptabteilung  
Internationale Zusammenarbeit